



Gemeinde Hünenberg

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung in Hünenberg

Montag, 9. Dezember 2013, 20.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg», unter dem Vorsitz von Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann

Anwesende Stimmberechtigte: 148 Personen
Anwesende Gäste: 5 Personen

Protokollführer: Guido Wetli, Gemeindeschreiber

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 17. Juni 2013
2. Budget für das Jahr 2014 und Festsetzung des Steuerfusses
3. Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018
4. Kreditbegehren für die Realisierung von weiteren Massnahmen aus dem Generellen Entwässerungsplan (Rahmenkredit 2014 bis 2016)
5. Totalrevision des Energiereglements
6. Motion der SP Hünenberg betreffend Einführung eines Ökibusses mit regelmässigem Fahrplan – Bericht und Antwort des Gemeinderates
7. mündliche Information über den Zwischenstand in der Zentrumsplanung

Begrüssung

Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann begrüsst im Namen des Gemeinderates und des Gemeindeschreibers zur heutigen Gemeindeversammlung. Sie freue sich, dass die Anwesenden den Weg in den Saal «Heinrich von Hünenberg» gefunden haben, um mit dem Gemeinderat die traktandierten Geschäfte zu behandeln. Heute würden das Budget und der Steuerfuss beraten. Weiter gelte es, einen Rahmenkredit zu bewilligen, das Energiereglement zu beschliessen und eine Motion zu beantworten. Zudem orientiere der Gemeinderat mündlich über den Zwischenstand in der Zentrumsplanung.

Mit ihrer Anwesenheit würden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihr Interesse an der Gemeinderatstätigkeit sowie am Geschehen und an der Entwicklung ihrer Wohngemeinde bekunden. Vor den eigentlichen Geschäften habe sie noch zwei Vorbemerkungen anzubringen:

Einwohnerzahl

Der Slogan «Hünenberg als Familiengemeinde» habe den Slogan «Hünenberg als Wachstumsgemeinde» abgelöst. Denn gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr seien Ende Oktober 2013 nur gerade zwei Personen mehr angemeldet gewesen und gegenüber dem vorletzten Jahr seien es sogar 23 Personen weniger.

Heute würden 9'061 Personen in Hünenberg wohnen, wovon 4'675 Männer und 4'386 Frauen. Da in der Gemeinde im Moment keine grössere Überbauung gebaut werde, könne es auch keine grössere Zunahme geben wie z.B. 2010 und 2011 mit den Überbauungen Rony, Schlattwäldli und Huobhof. In diesen beiden Jahren seien über 400 Personen zugezogen. Gegenüber früheren Jahren habe die Zahl der Zu- und Wegzuger zugenommen, weil sich in Hünenberg das Verhältnis zwischen Eigentums- und Mietwohnungen zugunsten der Mietwohnungen verändert habe. Auch in diesem Jahr seien viele junge Erwachsene in die neue Grossüberbauung Suurstoffi nach Rotkreuz gezogen. Dort gebe es ein spannendes Umfeld mit öffentlichem Verkehr, Einkaufsmöglichkeiten und alles mit kurzen Wegen. Vielleicht würden diese Personen später wieder nach Hünenberg zurückkehren, wenn sie eine Familie gründen.

Unter anderem dank des Wachstums im Jahre 2011 sei Hünenberg in diesem Jahr wieder auf den guten zweiten Rang im Gemeinderating der Weltwoche gekommen, nachdem man im Vorjahr noch gewonnen habe. Der Gemeinderat freue sich über diese Rangierung im Wissen, dass es eine Bestätigung jahrelanger kontinuierlicher Arbeit ist und man natürlich mit oder ohne Weltwochen-Rating auf diesem Weg bleibe.

Präsentation der Vorlagen/elektronische Aufzeichnung

Die Powerpoint-Präsentation sei wiederum von der Verwaltung und dem IT-Verantwortlichen nach Angaben des Gemeinderates erstellt worden.

Die Verhandlungen würden elektronisch aufgezeichnet. Dies erleichtere das Verfassen des Protokolls. Die Aufnahmen würden nach Genehmigung des Protokolls (Juni-Gemeindeversammlung 2014) gelöscht. Die Vorsitzende frage die Versammlung an, ob gegen dieses Vorgehen Einwendungen bestehen. Dies ist nicht der Fall, so dass der Verlauf der Gemeindeversammlung auf einen Tonträger aufgezeichnet werden kann.

Nach diesen Bemerkungen erklärt die Vorsitzende die heutige Versammlung als eröffnet. Sie richtet einen speziellen Gruss an all diejenigen, die zum ersten Mal an einer Gemeindeversammlung teilnehmen (Neuzugezogene, Jungbürgerinnen und Jungbürger sowie Gäste) und an Stephanie Hess, Journalistin der Neuen Zuger Zeitung.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Stimmberechtigten durch zweimalige Amtsblattpublikation und Versand der Vorlagen in alle Haushaltungen form- und fristgerecht eingeladen worden sind. Die Vorlagen seien auch auf der gemeindlichen Website aufgeschaltet. Neu müssten die Vorlagen mindestens 20 Tage vor der Gemeindeversammlung in den Haushaltungen sein.

Die Vorsitzende erklärt die Versammlung für beschlussfähig. Sie fordert nicht stimmberechtigte Personen auf, auf den für sie reservierten Stühlen in der ersten Reihe Platz zu nehmen. Mit dem Hinweis über die Stimmberechtigung geht sie zu den Tagesgeschäften über.

Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Vizepräsidentin Renate Huwyler schlägt neun Personen als Stimmzählende vor.

Nachdem aus der Versammlung keine weiteren Vorschläge eingehen, werden die vorgeschlagenen Personen von der Versammlung einstimmig gewählt.

Die Vorsitzende fordert die Stimmzählenden auf, die Anzahl der Stimmberechtigten in ihrem jeweiligen Sektor zu zählen und zu melden. Insgesamt sind 148 stimmberechtigte Personen anwesend. Die Vorsitzende teilt mit, dass der Gemeinderat bei Abstimmungen jeweils auch abstimme, ausser bei der Abnahme der Rechnung und in aufsichtsrechtlichen Belangen. Dies sei heute aber nicht der Fall.

Traktandenreihenfolge und Abstimmungsform

Die Versammlung ist mit der von der Vorsitzenden vorgeschlagenen Reihenfolge der Traktanden einverstanden. Die Traktandenliste ist somit genehmigt. Weiter wird dem Antrag der Vorsitzenden auf offene Abstimmungen statt gegeben.

Motionen/Interpellationen

Seit der letzten Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2013 ist eine Motionen eingegangen. Diese wird heute unter Traktandum 6 behandelt.

Neu müssen Interpellationen 20 (bisher zehn Tage) vor der Gemeindeversammlung eingereicht werden, wenn sie noch an der Gemeindeversammlung behandelt werden sollen.

Aus der Versammlung werden keine neuen Motionen/Interpellationen eingereicht.

Ausstandsregelung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäss § 10 Abs. 1 des Gemeindegesetzes die Gemeinderatsmitglieder bei persönlichen Rechten oder Interessen sowie bei solchen von nahen Verwandten in den Ausstand treten müssen. Weiter auch dann, wenn sie Mitglieder von Organen seien, die wirtschaftliche Interessen an den zu behandelnden Geschäften haben. Die heute zu behandelnden Geschäfte würden keinen Ausstand von Ratsmitgliedern erfordern.

Rückweisungsanträge

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass über Rückweisungsanträge sofort abgestimmt werden muss. Damit über eine Sache diskutiert werden könne, bittet sie die Anwesenden, Rückweisungsanträge erst nach erfolgter Diskussion zu stellen.

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 17. Juni 2013

Das Protokoll lag den Stimmberechtigten auf der Einwohnerkontrolle zur Einsichtnahme auf. In den Vorlagen zur heutigen Versammlung ist eine Kurzfassung des Protokolls enthalten. Das Protokoll konnte zudem auf der gemeindlichen Website eingesehen bzw. abgerufen werden. Einsprachen zum Protokoll sind keine eingegangen.

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 17. Juni 2013 wird ohne Wortmeldungen einstimmig genehmigt und dem Ersteller, Gemeindeschreiber Guido Wetli, verdankt.

Traktandum 2

Budget für das Jahr 2014 und Festsetzung des Steuerfusses

Traktandum 7

mündliche Information über den Zwischenstand in der Zentrumsplanung

Das Budget wird von der Vorsitzenden, Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann, vorgestellt. Das Leitungsteam habe das Budget auf Grund der Vorgaben des Gemeinderates vorbereitet. Anschliessend habe der Gemeinderat das Budget beraten. Er sei nach längeren Diskussionen zum Schluss gekommen, dass dem zugrunde gelegten Steuersatz von 70 % ein Rabatt von 4 % gewährt werden könne – 2 % mehr als gegenüber dem Budget 2013.

Dank des gut verankerten Kostenbewusstseins in der Verwaltung sei es gelungen, ein ausgeglichenes Budget für 2014 zu präsentieren. Die finanziellen Auswirkungen des Steuerrabattes von 4 % seien im Budget berücksichtigt. Die laufende Rechnung sehe einen voraussichtlichen Ertragsüberschuss von CHF 69'900.— für das Rechnungsjahr 2014 vor. Im Budget sei mit einem Teuerungsausgleich von 0,5 % auf den Löhnen des Personals inkl. Lehrpersonen gerechnet worden. In der Zwischenzeit habe der Regierungsrat für die kantonalen Angestellten entschieden, dass für 2014 keine Teuerung ausgerichtet werde. Diesem Beschluss habe sich der Gemeinderat angeschlossen. Dadurch erhöhe sich der Budgetüberschuss um ca. CHF 100'000.— auf ca. CHF 170'000.—.

Die Steuereinnahmen würden auf den kantonalen Angaben und der im Zeitpunkt der Budgetierung bekannten Steuererträgen für das Jahr 2013 basieren. Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen werde gegenüber dem Budget 2013 wegen des tieferen Steuerfusses und der geringeren Einnahmen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern aus Vorjahren mit Mindereinnahmen von CHF 640'000.— gerechnet. Bei den Steuern der juristischen Personen würden Mehreinnahmen von CHF 845'000.— erwartet; dies auf Grund der aktuellen Steuerzahlen und der optimistischen Zukunftsperspektiven. Generell werde mit einer leichten Zunahme der Steuereinnahmen von insgesamt CHF 214'000.— gerechnet.

Für den Gemeinderat sei der intakte Finanzhaushalt sehr wichtig. Deshalb sei er erfreut, dass im Zehn-Jahresvergleich aufgezeigt werden könne, dass die Finanzlage trotz bevorstehender Grossinvestition gut ist. Der Gemeinderat sei auch erfreut, dass kleinere Projekte, die im Finanzplan ausgewiesen sind, realisiert werden können, um die Attraktivität der Gemeinde zu erhalten und wo möglich zu steigern. Denn gute Einkaufsmöglichkeiten würden das Dorf beleben und auch das ansässige Gewerbe erfreuen. Der Gemeinderat sei grundsätzlich bestrebt, die Ausgaben tief zu halten und auch bestehende Angebote stets zu hinterfragen.

In der Folge stellt die Vorsitzende die wichtigsten Zahlen des Budgets mittels Powerpoint-Präsentation vor.

Nachdem in der Bevölkerung eine gewisse Verunsicherung betreffend finanzielle Situation der Gemeinde bestehe, geht die Vorsitzende vertieft auf den bereits angesprochenen Zehn-Jahresvergleich ein. Die Finanzmarktschuld 2013 betrage im Moment effektiv CHF 23 Mio. und nicht wie in der Vorlage aufgeführt CHF 29 Mio. Man würde gern Geld vorzeitig zurückzahlen, doch sei dies nur auf den Ablauf der jeweiligen Darlehen hin sinnvoll. Die tiefere Finanzmarktschuld wirke sich auch auf das Vermögen pro Einwohnerin/Einwohner aus, das sich von CHF 704.— auf rund CHF 1'170.— erhöhe. Im Moment stehe man somit gut da. Obwohl im Jahr 2014 CHF 10 Mio. investiert würden, nehme die Finanzmarktschuld nur um CHF 1 Mio. zu. Das Eigenkapital nehme um CHF 2 Mio. ab, weil man noch ausserordentliche Abschreibungen tätige. Sie habe mit diesen Ausführungen einen Einblick geben wollen, wie sich die Finanzen bei Grossinvestitionen entwickeln. Sie könne die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hinsichtlich der Finanzlage beruhigen. Man bleibe auf dem Boden, auch im Wissen darum, dass die Zeiten vorbei sind, in denen riesengrosse Grundstücksgewinnsteuereinnahmen angefallen sind. Sie sei deshalb überzeugt, dass man die anstehenden Herausforderungen bewältigen könne.

AA ergreift das Wort und nimmt zum Budgetposten der Investitionsrechnung «Aufwertung Durchgang und Umgebung Chamerstrasse 11» Stellung. Der Gemeinderat wolle den Durchgang beim Gemeindehaus in das Dorfgässli aufwerten. Die SP sei auch der Meinung, dass dieser Durchgang tatsächlich attraktiver gestaltet werden kann. Man sei aber im Moment der Meinung, dass es sich dabei um eine Einzelmassnahme handle und das Geld zur Zeit nicht sinnvoll eingesetzt werde. Für die SP sei dies ein Schnellschuss. Man befürchte, dass die Ausgaben von CHF 150'000.— eine Fehlinvestition sei. Die Umgestaltung müsste in einem Gesamtkonzept von der Dorfplanung her passen. Zudem habe sich die SP noch folgende Fragen gestellt: Wie werden die angrenzenden Räume, jetziger Polizeiposten und die Räume gegenüber der ehemaligen Post, genützt? Beteiligen sich die anderen Eigentümer der Überbauung auch an diesen Umgebungskosten und welche Quote übernimmt die Gemeinde? Im Namen der SP beantrage er, diesen Budgetposten zu streichen.

BB teilt mit, dass man über das ausgeglichene Budget erfreut sei. Man erwarte aber weiterhin eine klare Ausgabendisziplin. Im Falle eines zukünftigen positiven Rechnungsabschlusses solle der Überschuss wie im Vorjahr für Vorfinanzierungen von gemeindlichen Bauvorhaben verwendet werden. Für die CVP Hünenberg mache es keinen Sinn, Steuern auf Vorrat einzuziehen. Somit unterstütze sie den Gemeinderat, den Steuerfuss bei 70 % zu belassen und 4 % Rabatt zu gewähren. Man sei sich aber bewusst, dass in Folge von grossen Investitionen in den nächsten Jahren eher weniger oder gar kein Rabatt mehr gewährt werden könne.

CC dankt dem Gemeinderat für das vorliegende Budget. Das Budget 2014 schliesse mit einem kleinen Mehrertrag von knapp CHF 70'000.— ab. Es sei schön, wenn ein Budget einen Überschuss ausweisen könne. Leider habe man aber effektiv gar keinen Überschuss, sondern ein Defizit, weil die Gemeinde Hünenberg vom Zuger Finanzausgleich rund CHF 8.7 Mio. bekomme. Wie alle wissen würden, werde der Zuger Finanzausgleich neu verhandelt und angepasst. In welche Richtung die Anpassung gehen werde, müsse er wohl nicht erzählen. Es würden bestimmt keine höheren Zahlungen erfolgen. Die SVP fordere den Gemeinderat auf, das Wünschbare vom Notwendigen klar zu trennen. Nicht dass man plötzlich Sparübungen machen müsse wie die zwei grossen Gebergemeinden im Kanton Zug. Die SVP Hünenberg empfehle der Gemeindeversammlung, die gemeinderätlichen Anträge zum Steuerfuss und zum Budget 2014 zu unterstützen.

DD führt aus, dass man im Budget vier Punkte gefunden habe, die man gerne etwas begründen möchte. Zudem stelle man den Antrag, auf einen Rabatt zu verzichten. Die Bevölkerung habe immer auch grössere Investitionen unterstützt, die viel kosten und auch in Zukunft noch etwas kosten würden, gerade auch im Zusammenhang mit dem Bau des Schulhauses. Grosse Investitionen für das Schulhaus Ehret B seien von der Bevölkerung gutgeheissen worden. Dabei sei der wesentliche Streitpunkt die Finanzierung gewesen. Das Grüne Forum sei der Ansicht, dass dies wirklich beachtet werden müsste und man sich auch verpflichtet fühlen sollte, sorgfältig mit diesen Finanzen umzugehen. An der letzten Gemeindeversammlung habe das Volk die Schuldenbremse abgelehnt, was auch gut sei und dem Gemeinderat die nötige Flexibilität lasse und er somit den Spielraum auch nutzen könne. Zweitens wolle sie ein wenig nach vorne blicken. Falls eine Sockelschuld von CHF 25 Mio. als einer der Pfeiler der neuen Finanzstrategie festgelegt werde, würde dies beim Überschreiten Konsequenzen haben. Dies könne zum Beispiel sein, dass es eine Steuererhöhung geben könnte oder dass allenfalls Dienstleistungen abgebaut werden. Das Grüne Forum wolle solchen Szenarien frühzeitig entgegen wirken. Auch werde immer wieder erwähnt, dass es nur Prognosen seien, die man auf den Folien sehe. Aber das Grüne Forum habe das Gefühl, dass man dies frühzeitig ernst nehmen und auch schon planen müsse. Ein Rabatt könne jederzeit später, wenn die Finanzen wieder etwas besser aussehen, gewährt werden. Dem stehe überhaupt nichts im Wege. Drittens sollte man den Steuerfuss nicht überbewerten. Sie sehe zwar, dass Hünenberg im innerkantonalen Vergleich mit 70 % eher am Schluss liege. Aber im überkantonalen Vergleich sei Hünenberg doch in einem tieferen Bereich. Man müsse auch klar sehen, dass der Steuerfuss nur eines von vielen Kriterien sei, das die Attraktivität der Gemeinde Hünenberg ausmacht. Die Spitzenpositionen in diesen Ratings der Weltwoche kämen wegen vieler anderer Kriterien zu Stande. Dann habe man viertens noch die Finanzsituation der Gemeinde, die nicht unbedingt so rosig aussehe wie es der Gemeinderat immer proklamiere. Das eine sei die Nettoschuld, die bereits 2015/16 stark zunehmen werde. Bereits im Jahr 2015 werde die Nettoschuld bei CHF 1'400.— pro Einwohner liegen. Im Jahr 2016 werde sie bis auf CHF 2'200.— steigen. Mit ihrem Antrag unterstütze das Grüne Forum den Antrag der RPK, welche in der Vorlage ebenfalls eine Empfehlung in diese Richtung mache. Die RPK sehe, dass man zwar auf Grund der Rechnung den Rabatt geben könne.

Aber wenn man ein wenig weiter schaue, wäre es empfehlenswert, wenn man diesen zweckgebunden zurückbehalten würde. Ganz zum Schluss stelle man fest, dass der Gemeinderat selber die Finanzlage etwas kritisch sehe. Es habe auf Seite 38 der Vorlage ein Zitat, worin der Gemeinderat darauf hinweise, dass er im Hinblick auf die in Zukunft angespannte Finanzlage die Einführung eines Ökibusses nicht unbedingt unterstützt. Das Grüne Forum beantrage aus diesen Gründen, den Rabatt nicht zu gewähren und zugunsten des Neubaus des Schulhauses zweckgebunden einzusetzen.

Die Vorsitzende nimmt zu den Voten von DD und CC Stellung. Der Gemeinderat nehme die Finanzlage sehr ernst und mache die Planung sicher sehr vorsichtig, denn dies sei keine spannende Sache. Es sei richtig, dass der innerkantonale Finanzausgleich angepasst werden soll. Dieser werde neu verhandelt. Der Gemeinderat habe denn auch in den folgenden Budget- und Planungsjahren mit einem Finanzausgleich von CHF 6 Mio. gerechnet, was weniger sei als man bis jetzt erhalten habe. Die Anpassung des Finanzausgleichs habe man somit berücksichtigt. Wenn der Kantonsrat den Vorschlag beschliesse, den alle Gemeinden miteinander ausgehandelt hätten, sollte die Gemeinde Hünenberg die geplanten CHF 6 Mio. in Zukunft erhalten.

EE ergreift das Wort. Er sei jetzt knapp 30 Jahre mit seiner Drogerie in Hünenberg. In dieser Zeit habe sich die Einwohnerzahl von 4'800 auf über 9'000 beinahe verdoppelt. Seit den frühen 90er-Jahren befasse er sich eingehend mit der Entwicklung des Dorfes. Er beobachte die Einwohnerzahl und im Vergleich die Dichte der Einkaufsmöglichkeiten. Seit 2000 seien jährliche Frequenzrückgänge zu verzeichnen, obwohl die Gemeinde an Einwohnern gewinnt. Das habe mit den Einkaufsmöglichkeiten im Dorf, mit der hohen Fahrzeugdichte (1.6 Auto pro Familie) und mit der Aufrüstung der Grossverteiler in der Umgebung (Cham, Steinhausen, Rotkreuz, Sins und Zug) zu tun. Lange, zu lange, habe man diesen Umstand in Hünenberg verkannt. Man wolle doch nicht in eine gleiche Misere laufen, wie in Walchwil, Oberwil oder Oberägeri und eine Schlafgemeinde werden. Und nun, nachdem eine grosse Zahl Hünenbergerinnen und Hünenberger an der Zukunftskonferenz im März 2012 ihr Interesse an einem attraktiven Dorfzentrum angemeldet und das Vorgehen des Gemeinderates unterstützt haben, sollte man nun aber auch die Akteure unterstützen. Denn es gehe hier um Wachstum; und Wachstum sei vielschichtig. Und man könne sich fragen: Was ist ein wünschenswertes Wachstum? Was ist nötiges Wachstum? Wie wird Wachstum koordiniert? Was ist eine Voraussetzung für Wachstum? Und wer bestimmt das Wachstum? Voraussetzung für ein gesundes Wachstum sei ein Zusammenspiel eben dieser Faktoren. Es brauche Schulhäuser, weil mehr Einwohner auch mehr Kinder bedeuten würden. Es brauche für den sozialen Zusammenhalt mehr Anlagen und Räume. Es brauche ein gut ausgebautes ÖV-Netz, damit es weniger Autos brauche. Es brauche genug und attraktive Einkaufsmöglichkeiten, damit die Einwohner im Dorf bleiben. Und das alles, weil das, was **im** Dorf bleibe, auch **dem** Dorf bleibe. Hünenberg erkenne das Zusammenspiel dieser Faktoren und erweitere das Dorfzentrum entsprechend mit Angeboten und Infrastruktur, um eine Harmonie im Wachstum zu erhalten.

AA teilt mit, dass er auch noch einen Antrag zum Steuerfuss habe. Der Gemeinderat wolle 4 % Steuerrabatt geben. In den nächsten Jahren würden viele notwendige Investitionen anstehen.

Es sei bereits gesagt worden: Schulhaus Ehret, Schulhaus Rony, Dorfkern-Entlastung oder Umgestaltung, Renovation des Gemeindehauses. Auch wenn mit einem Steuerrabatt von 4 % eine schwarze Null geschrieben werde, mache dies für die Zukunft keinen Sinn. Das Zitat aus der Motionsbeantwortung sei bereits gefallen, dass im Hinblick auf die in Zukunft angespannte Finanzlage, solche Ausgaben nicht einfach gemacht werden könnten. Es mache aus Sicht der SP Hünenberg keinen Sinn, dass man nun unnötigerweise auf Geld verzichte, damit man später fremdfinanzierte Gelder wieder beschaffen müsse. Im Namen der SP beantrage er deshalb, nur einen Rabatt von 2 % zu geben.

FF ergreift das Wort. Auf den ersten Teil des in den Vorlagen abgedruckten RPK-Berichts wolle er nicht eingehen. Darüber sei heute schon genug gesprochen worden und auch die Vorsitzende habe sich zur Finanzlage geäußert. Die RPK habe in ihrem Bericht aber eine Bemerkung angebracht und diese wolle er nun vorlesen: *«Der Antrag eines Steuerrabattes von 4 % (von 70 % auf 66 % des kantonalen Einheitssatzes) ist aus Budgetsicht formal vertretbar. Hingegen wäre es im Hinblick auf die bevorstehenden Investitionen sinnvoll, insbesondere für die Sanierung und die Erweiterung des Schulhaus Ehret B, den Mehrertrag zweckgebunden für das vorgenannte Investitionsvorhaben zu verwenden. Die RPK sieht dies als eine Empfehlung an die Stimmbürger. Sie verzichtet auf einen eigenen Antrag und unterstützt denjenigen des Gemeinderates.»*

Abschliessend stellt er die Anträge der RPK:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2014 sei unverändert bei 70 % des kantonalen Einheitsansatzes zu belassen; es sei jedoch ein Rabatt von 4 % zu gewähren.
2. Das Budget für das Jahr 2014 sei zu genehmigen.

Die Präsidentin führt aus, dass zweimal die Rede von der Gewinnverwendung gewesen sei, für was der Gewinn genutzt werden soll. Die Gewinnverwendung werde jeweils an der Gemeindeversammlung vom Juni im Zusammenhang mit der Rechnung vom Gemeinderat beantragt und die Stimmberechtigten könnten dann definitiv sagen, für was der Gewinn verwendet werden soll.

Zum Abstimmungsverfahren erklärt sie, dass nach dem Ausschlussverfahren abgestimmt werde. Zunächst werde der Antrag auf 0 % Steuerrabatt demjenigen auf 2 % gegenübergestellt. Der Sieger komme dann in die Ausmarchung gegen den Antrag des Gemeinderates auf 4 % Steuerrabatt.

In der ersten Abstimmung erhält der Antrag des Grünen Forums, 0 % Steuerrabatt zu gewähren, fünf Stimmen. Der Antrag der SP auf einen Steuerrabatt von 2 % kommt auf 93 Stimmen. Somit wird der Antrag der SP demjenigen des Gemeinderates gegenübergestellt. Dabei obsiegt der Antrag des Gemeinderates (4 % Rabatt) gegenüber dem Antrag der SP (2 % Rabatt) mit 97 zu 46 Stimmen. Somit gilt ein Steuerrabatt von 4 %.

Bevor die Präsidentin zur Verabschiedung des Budgets kommt, möchte sie noch zum Votum von AA betreffend Streichung des Budgetpostens der Investitionsrechnung «Aufwertung Durchgang und Umgebung Chamerstrasse 11» Stellung nehmen. **Deshalb werde das Traktandum 7 «mündliche Information über den Zwischenstand in der Zentrumsplanung» nun vorgezogen.** Es sei dem Gemeinderat wichtig, dass die Stimmberechtigten wissen, was AA gemeint habe. In der ersten Ausgabe 2013 des EINBLICK habe man unter dem Titel «Zentrumsentwicklung gewinnt an Fahrt» die Vision vorgestellt. Man befinde sich noch immer auf der Fahrt und es gebe ganz kleine Resultate aufzuzeigen. Deshalb sei auch ein entsprechender Kredit im Budget enthalten. Man arbeite in den vier Handlungsfeldern A (Gesamtprojekt Zentrumsentwicklung und Kommunikation), B (Areal der Kirchgemeinde), C (Aufwertung Dorfplatz/Traverse) und D (Chamerstrasse). Das letzte Handlungsfeld werde im Moment nicht bearbeitet, weil es mit der Umfahrung Cham-Hünenberg (UCH) zusammenhänge. Diese werde frühestens im Jahr 2020 gebaut, so dass man noch etwas Zeit habe. Vielleicht würden sich die Stimmberechtigten an das schöne Bild (Visualisierung) der Zentrumsentwicklung erinnern, welche auch mittels Beamerpräsentation gezeigt wird. Das heisse nicht, dass das Ganze dereinst so aussehen werde. Es gehe nur darum, dass man sich eine gewisse Vorstellung machen könne, was der Gemeinderat vorhabe. Hinsichtlich Handlungsfeld B und C befinde man sich auf Kurs. Eine Liegenschaft sei in der Zwischenzeit an die Jego AG verkauft worden und über eine zweite würden zurzeit Verhandlungen geführt. Heute gehe es um das Handlungsfeld C (Aufwertung Dorfplatz/ Traverse), für das im Budget ein Betrag von CHF 150'000.— enthalten sei. Dazu werde nun Bauchef Beat Gertsch entsprechende Ausführungen machen.

Wie Beat Gertsch ausführt, ist eine Aufwertung der Traverse Dorfplatz-Treppenabgang Dorf-gässli mit einer Verbesserung der Sichtbarkeit dieser Achse durch eine optische Aufwertung durch kleinere Anpassungen an der Umgebung und evtl. eine einfache Zelt(planen)-Überdachung vorgesehen. Davon betroffen seien der Bereich des Vorplatzes der Gemeindeverwaltung/ Metzgerei Limacher/Zuger Kantonalbank und der Treppenabgang ins Dorfgässli. Im Moment befinde man sich immer noch auf der Stufe Idee. Nachdem man im Frühsommer 2013 eine Variante mit einer Stahl-/Glas-Konstruktion aus Kostengründen verworfen habe, habe man auf ein anderes Material gewechselt und zwar auf Zeltplane. Die Idee sei, evtl. den Vorplatz der Gemeindeverwaltung und die Treppe mit einer einfachen Zelt(planen)-Überdachung zu versehen. Dafür sei im Budget auch ein Betrag eingestellt. Zurzeit sei man in der Ideen-Phase und es seien noch viele Fragen abzuklären wie Entwässerung, Schneelast, Form, Lichtdurchlässigkeit, Materialwahl, Befestigung, Tragkonstruktion etc. Ob man eine solche Überdachung im 2014 mache, sei im Moment noch offen. Die gezeigte Fotomontage sei eine mögliche Gestaltung des Zeltdaches. Es gehe nur darum, einen Eindruck zu erhalten. Das Zeltdach komme mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht so, wie auf der Visualisierung ersichtlich. Als Antwort auf den Antrag von AA erklärt Beat Gertsch, dass man nur Investitionen tätigen werde, die Sinn machen und einen Mehrwert erbringen. Die Überdachung aus Zeltplane werde nur gemacht, wenn alle offenen Fragen ohne Wenn und Aber mit Ja beantwortet seien. Man werde keinen Schnellschuss machen.

Die Präsidentin ergänzt, die Botschaft laute, dass es sich um Minimaleingriffe handelt. Die geplanten Massnahmen seien kein Präjudiz, die etwas verhindern würden oder falsch wären und nicht mehr passen würden. Es gehe vor allem um die Durchlässigkeit. Zum Beispiel sollen die Rabatten gerodet werden, damit man von unten und oben, aber auch von der Strasse aus, sehe, dass Läden vorhanden sind. Das sei der Bereich, den man mit dem Kredit finanzieren möchte und den AA streichen wolle, weil das Projekt unausgereift und ein Schnellschuss sei.

Die Frage, was mit den angrenzenden Läden passiere, sei sicher ein Thema, aber nicht Sache der Gemeinde. Die Gemeinde sei in allen Handlungsfeldern eigentlich nur der Motor und helfe mit. Werner Limacher sei aber in der entsprechenden Gruppe dabei und diese prüfe, ob es im Untergeschoss der Liegenschaft von Werner Limacher Möglichkeiten gebe, neue Läden zu schaffen. Momentan befinde sich dort ein Lager. Auch an anderen Orten könnte man mehr aus den Räumlichkeiten machen. Im Moment sei man erst in der Prüfungsphase. Den Kredit habe man aber jetzt eingeben müssen und man würde ihn auch gern benützen, falls die Abklärungen positiv ausfallen. Auch zur Beteiligung der Stockwerkeigentümer könne sie noch nicht mehr sagen. Aber man werde sicher miteinander verhandeln. Beim Handlungsfeld B gebe es im Moment keine Kosten. Dort sei die Gemeinde, wie schon gesagt, nur der Motor, der mit den Leuten spreche; sie zusammen an den Tisch bringe und probiere, gute Lösungen zu finden.

AA dankt für die Ausführungen. Er denke, dass es hier vor allem um eine Planung geht. Dies stehe aber nicht so in der Vorlage, dort sei es eigentlich schon eine Umsetzung. Aus diesem Grund ziehe er den Antrag zurück.

Nach diesen Ausführungen kommt die Präsidentin zurück zu den Anträgen. Dabei beschliesst die Versammlung in der Schlussabstimmung einstimmig Folgendes:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2014 wird unverändert bei 70 % des kantonalen Einheitsansatzes belassen; es wird jedoch ein Rabatt von 4 % gewährt.
2. Das Budget für das Jahr 2014 wird genehmigt.

Traktandum 3

Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018

Die Vorsitzende erklärt, dass der Investitions- und Finanzplan einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung des gemeindlichen Haushaltes geben soll. Er sei ein Planungsinstrument und kein Beschluss, der irgendwelche Ausgaben auslöse. Er werde jährlich überprüft, diskutiert und der aktuellen Finanzlage angepasst. Die Zahlen der geplanten Kredite seien auf Grund von Erfahrungswerten eingesetzt worden. Falls eine geplante Investition realisiert werden soll, werde entweder eine separate Kreditvorlage der Gemeindeversammlung unterbreitet oder der Kredit werde bei Ausgaben unter CHF 200'000.— via Budget eingeholt. Verglichen mit dem letztjährigen Finanzplan würden sich die Investitionen 2014 bis 2018 von rund CHF 43 Mio. auf CHF 34 Mio. reduzieren. Anstelle einer Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Rony sei vorerst nur ein Provisorium (Pavillon) mit Kosten von CHF 2 Mio. geplant. Neu in die Planung aufgenommen worden seien die Schaffung zusätzlicher Räume im Ehret A (CHF 100'000.—, wobei sich die Kosten gemäss bereits vorliegender Offerte voraussichtlich auf rund CHF 50'000.— reduzieren würden), die Aufwertung des Durchganges und der Umgebung Chamerstrasse 11 (CHF 150'000.— und die Anschaffung von Lehrpersonen-Notebooks CHF 150'000.—).

Sofern alle geplanten Investitionen in den Jahren 2014 bis 2018 verwirklicht würden, würden sich die Nettoschuld von rund CHF 1 Mio. auf rund CHF 23 Mio. und die Nettoschuld pro Einwohner von CHF 119.— auf rund CHF 2'459.— erhöhen. Die Nettoschuld berechne sich aus der Differenz von Finanzvermögen und Fremdkapital. Das seien alles Planungszahlen, der Gemeinderat werde auf Investitionen verzichten müssen, falls die Steuereinnahmen oder Finanzausgleichsbeiträge aus irgendwelchen Gründen abnehmen sollten. Der Gemeinderat sei im Moment guter Dinge, dass die Steuereinnahmen z.B. durch gute Steuerzahler/Firmen und Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern in den nächsten Jahren im Lot bleiben. Darum aktualisiere und überprüfe der Gemeinderat den Investitions- und Finanzplan jährlich und berücksichtige die aktuellen Zahlen. An Hand von Folien präsentiert die Vorsitzende verschiedene Kennzahlen und die gemeindliche Finanzstrategie.

Weiter führt die Vorsitzende aus, dass an der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2013 die Einführung einer Schuldenbremse Thema gewesen sei. Die Motion sei jedoch nicht erheblich erklärt worden. Der Gemeinderat habe damals versprochen, einen Workshop mit allen Parteivorständen durchzuführen, ihnen die Finanzlage zu erklären und die Finanzkommission einen Vorschlag ausarbeite, wie in diesem Bereich weiter gearbeitet werden kann. Es sei erfreulich gewesen, 28 Personen hätten an einem Samstagmorgen an diesem Workshop teilgenommen. Ziel sei gewesen, den Parteivertretungen das Wissen über die Gemeindefinanzen zu vermitteln und ihnen die von der Finanzkommission erarbeiteten Grundsätze für eine künftige Finanzstrategie vorzustellen. Die Finanzkommission sei dabei davon ausgegangen, dass man sich eine Verschuldung von CHF 25 Mio. bei einem Budget von über CHF 50 Mio. leisten könnte. Sollte man sich mehr verschulden, müsste aufgezeigt werden, wie die Mehrverschuldung innert einer Frist von acht bis zehn Jahren wieder auf die Sockelschuld von CHF 25 Mio. reduziert werden kann. Dies könnte durch die Erhöhung des Steuerfusses, eine Verschiebung von Investitionen oder einen Dienstleistungsabbau erfolgen. Ausnahmeregelungen sollten möglich sein, jedoch nur mit klaren Bedingungen. Diese Grundsätze sollen in der Gemeindeordnung verankert werden. Alle Parteien hätten sich vorstellen können, auf diesem Weg weiterzugehen. Allerdings wünschen sie noch mehr konkrete Zahlen und Beispiele. Zudem werde die Höhe der Sockelschuld noch zu diskutieren geben. Die Finanzkommission habe den Auftrag erhalten, in dieser Richtung weiterzuarbeiten und nachher werde man in eine nächste Runde gehen.

CC führt aus, dass die SVP die Investitions- und Finanzplanung studiert habe und der Ansicht sei, dass sich die Nettoschulden auf keinen Fall so entwickeln dürften, dass man 2018 rund CHF 2'500.—Schulden pro Kopf habe. Der Gemeinderat schreibe in der Entwicklung zur Nettoschuld: *«Falls nötig wird der Gemeinderat geeignete Massnahmen ergreifen, um die Nettoschuld gemäss Finanzstrategie einzuhalten»*. Die SVP sei gespannt, welche Massnahmen der Gemeinderat ergreifen werde. Sie würde einen Landverkauf oder eine Steuererhöhung nicht als geeignete Massnahme erachten. Zum Thema *«zwischen Wünschbarem und Notwendigem zu unterscheiden»*, gebe es ein gutes Beispiel in den Vorlagen, dass dies noch nicht vollumfänglich gemacht werde. Die geplanten Kredite würden eine Position *«Ladenerweiterung Chamerstrasse 6»* mit CHF 190'000.— enthalten. Die SVP sei der Meinung, dass dieses Vorhaben ein frommer Wunsch aus einem Samstags-Workshop und nicht notwendig sei. Vor allem wenn man bedenke, dass man an der Zentrumsplanung sei und im neuen Zentrum sicher auch ein Café geplant werde. Auch der Perimeter der Bäckerei werde wahrscheinlich in der Zentrumsplanung enthalten sein. Dies wäre eine Fehlinvestition, die sicher nicht der Bevölkerung von Hünenberg dienen würde. Die SVP empfehle dem Gemeinderat, auf diesen Kredit zu verzichten und aus dem Finanzplan zu streichen.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, nehmen die Versammelten vom Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018 Kenntnis.

Traktandum 4

Kreditbegehren für die Realisierung von weiteren Massnahmen aus dem Generellen Entwässerungsplan (Rahmenkredit 2014 bis 2016)

Die Vorlage wird von Käty Hofer, Vorsteherin der Abteilung Soziales und Gesundheit, vorgestellt. Jede Gemeinde brauche einen so genannten Generellen Entwässerungsplan. Darin enthalten seien vor allem die Kanalisationen, aber auch Retentionsbecken, Renaturierungen und andere Wasser-Massnahmen. Mit diesem Instrument könnten alle Massnahmen im Zusammenhang mit Abwasser über längere Zeit geplant und vom Aufwand her über die Jahre verteilt werden. Gemäss Abwasserreglement bewillige der Gemeinderat Kredite für Bau und Unterhalt von Abwasseranlagen bis CHF 200'000.—, darüber sei die Gemeindeversammlung zuständig. Mit einem Rahmenkredit könne der Gemeinderat die finanzielle Belastung besser steuern und über die Jahre gleichmässiger verteilen. In den Jahren 2003 und 2009 habe die Gemeindeversammlung jeweils einen Rahmenkredit von CHF 1 Mio. bewilligt. Der letzte Kredit aus dem Jahr 2009 sei jetzt nach vier Jahren aufgebraucht, deshalb beantrage der Gemeinderat heute, wieder CHF 1 Mio. für die Jahre 2014 bis 2016 zu bewilligen. Die grösseren Projekte für die nächsten drei Jahre seien Leitungssanierungen Dorf Süd und Bösch, die Retentionsanlage Kemberg, die Weiterführung des Trennsystems im Moos und die Erneuerung einiger Pumpwerke und Steuerungsanlagen. Der Kredit habe jährliche Kosten von CHF 38'000.— zur Folge: Abschreibungen CHF 25'000.— (durchschnittlich auf 40 Jahre gerechnet), Zinsen CHF 10'000.—, personelle Folgekosten CHF 2'000.—, Sachfolgekosten CHF 1'000.—.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Die Versammlung beschliesst einstimmig Folgendes:

1. Für den Unterhalt und den Ausbau des Abwassernetzes wird ein Rahmenkredit für die nächsten drei Jahre von CHF 1 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
2. Die Kreditsumme ist bei allfälligen Preisänderungen in der Zeit zwischen der Erstellung der Kostenschätzung (September 2013) und der Ausführung entsprechend anzupassen.

Traktandum 5

Totalrevision des Energiereglements

Das Geschäft wird von Beat Gertsch, Vorsteher der Abteilung Bau und Planung, vorgestellt. Wie er ausführt, geht es mit dieser Vorlage um die Umsetzung des Gemeindeversammlungsbeschlusses vom 17. Juni 2013. Damals sei ein Nachtragskredit über CHF 369'315.25 zur Deckung der bestehenden Finanzierungslücke im Energieförderprogramm beschlossen worden.

Dieser Kredit müsse über die nächsten fünf Jahre abbezahlt werden. Für das Energieförderprogramm würden die Konzessionseinnahmen für Strom und neu auch für Wasser verwendet, dies zur vollständigen Deckung der Finanzierungslücke, längstens aber bis Ende 2018. Das Energiereglement und die dazu gehörende Verordnung seien von der Energiekommission neu ausgearbeitet worden. Das Energiereglement sei zur Vorprüfung dem Kanton eingereicht und die Hinweise des Kantons seien in das vorliegende Reglement übernommen worden. Der Gemeinderat habe anschliessend das Energiereglement zu Händen der heutigen Gemeindeversammlung verabschiedet. Gefördert würden neu nur noch drei Sparten:

- Energieeffiziente Neu- oder Umbauten nach Minergie-Standard (Energiebezugsflächen massgebend), max. CHF 10'000.—
- Sonnenkollektoren-Anlagen (Wärme zur Warmwasseraufbereitung), max. CHF 5'000.—
- Umweltfreundliche Gebäudebeheizungen bei bestehenden Bauten, max. CHF 7'500.—

Auf die Förderung von Photovoltaikanlagen (Stromerzeugung) werde neu verzichtet. Diese würden über die KEV (Kostendeckende Einspeisevergütung), die WWZ-Strombörse und die EGH-Einspeisevergütung gefördert. Damit gebe es keine Doppelförderungen von Photovoltaikanlagen mehr.

Die Berechnung für die Abzahlung des Kredits und die Verwendung der Fördermittel sehe wie folgt aus: Insgesamt würden Konzessionseinnahmen von CHF 190'000.— pro Jahr zur Verfügung stehen. Davon sollen jährlich CHF 90'000.— für die Rückzahlung des Kredits und CHF 30'000.— für Beratungen von Grossenergieverbrauchern und Privaten verwendet werden. Somit würden CHF 60'000.— bis CHF 70'000.— pro Jahr für die Energieförderung verbleiben. Sollten die Förderbeiträge nicht ausreichen, würden die Fördergesuche im nächsten Jahr behandelt und zugesichert. Mit der Abzahlung von CHF 90'000.— pro Jahr wäre der Kredit bereits nach vier Jahren abbezahlt. Somit habe man eine Reserve von rund CHF 100'000.—. Die Berechnung des Gemeinderates beruhe auf vorsichtiger Basis. Im Übrigen würden die grossen Förderansprüche, die zur Finanzierungslücke geführt hätten, nicht mehr oder nur noch beschränkt anfallen. Weiter entfalle die Förderung von Photovoltaikanlagen. Schliesslich würden sich die BiEAG-Anschlüsse in einem übersichtlichen Rahmen bewegen.

GG äussert sich als Vertreter der SP Hünenberg. Diese begrüsse es, dass die Förderung von erneuerbarer Energie weitergeführt wird. Mit der heutigen Vorlage würden sich aber auch Fragen stellen. Wie Beat Gertsch im Juni 2013 gesagt habe, habe es eine Deckungslücke von fast CHF 370'000.— gegeben. Diese sei in den vergangenen Jahren durch die Zusage von Förderbeiträgen entstanden. Man habe dann beschlossen, diese innert fünf Jahre abzutragen. Neu lege der Gemeinderat das Gesamtbudget fest. Die Energiekommission sei zuständig für das jährlich zu erstellende Budget und den Vollzug des Förderprogramms. Beiträge würden nur im Rahmen der vorhandenen Mittel zur Verfügung stehen. Unterstützt würden der Gemeinderat und die Energiekommission durch eine federführende Abteilung, die gemeindliche Energiefachstelle und einen Energiebeauftragten. Ausserhalb des Reglements werde auch der Energie-Stadtberater beigezogen. Soweit so klar. Nicht mehr verständlich sei aus Sicht der SP Hünenberg Art. 6 Abs.1 der Energieverordnung. Dort heisse es, dass zugesicherte Beiträge erst ausbezahlt werden, wenn die Mittel vorhanden sind. Die SP gehe nicht davon aus, dass die Deckungslücke geschlossen sein muss, um in den nächsten fünf Jahren Beiträge zu erhalten. Man sei sich auch bewusst, dass die Verordnung der Gemeindeversammlung lediglich zur Kenntnis gebracht werde. Aus Sicht der SP sollten die entsprechenden Formulierungen mit dem vorgeschlagenen Sanierungsprogramm übereinstimmen.

Deshalb richte man an den Gemeinderat folgende Frage: Ist er bereit, das Controlling über das Energieförderprogramm und das beschlossene Sanierungsprogramm noch nachträglich in die Energieverordnung aufzunehmen?

Die Vorsitzende erklärt, dass der Gemeinderat bereits über ein Controlling verfüge, mit welchem er quartalsweise einen Bericht über den Stand der Dinge erhalte, um nicht wieder in die Situation zu kommen, in der man gewesen ist. GG zeigt sich mit dieser Antwort zufrieden.

In der Abstimmung beschliessen die Stimmberechtigten einstimmig Folgendes:

1. Die Totalrevision des Energiereglements wird beschlossen.
2. Das Reglement tritt per 1. Januar 2014 in Kraft.

Traktandum 6

Motion der SP Hünenberg betreffend Einführung eines Ökibusses mit regelmässigem Fahrplan – Bericht und Antwort des Gemeinderates

Renate Huwyler, Vizepräsidentin und Vorsteherin der Abteilung Sicherheit und Umwelt, trägt die Antwort des Gemeinderates vor. In der SP-Motion werde der Gemeinderat beauftragt, eine Vorlage zur Einführung eines Ökibusses mit regelmässigem Fahrplan in der Gemeinde Hünenberg auszuarbeiten. Zusammengefasst diene ein Ökibus

- der Bevölkerung beim Entsorgen
- als Quartiertreffpunkt
- der Umwelt
- der Schaffung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte

1995 sei der Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen (ZEBA) mit dem Ziel gegründet worden, möglichst wenig Abfall zu verbrennen und möglichst viele Abfallwertstoffe wieder zu verwerten. Die Ökihöfe würden von den Gemeinden auf Kosten des ZEBA betrieben. Dieser finanziere sich aus Kehrichtgebühren und den Einnahmen aus dem Verkauf der Abfallwertstoffe. Das Defizit werde von den Gemeinden getragen, wobei der Anteil der Gemeinde Hünenberg am Gesamtdefizit im Jahr 2012 CHF 233'000 — ausgemacht habe. In Hünenberg gebe es mit den Ökihöfen Zythus und Zentrumstrasse zwei Entsorgungsmöglichkeiten, die ausser an Sonn- und Feiertagen täglich geöffnet seien. Insgesamt betrage die Öffnungszeit 32.75 Stunden pro Woche. Hünenberg habe im Verhältnis zur Bevölkerungsgrösse deutlich längere Öffnungszeiten als die übrigen Zuger Gemeinden. Das Angebot eines Ökibusses gebe es derzeit in Zug, Cham und Unterägeri. In Baar verkehre ein Rössliträm. Cham habe mit dem Ökibus ein Ersatzangebot geschaffen, weil man gleichzeitig 14 Quartiersammelstellen aufgehoben habe. Der Ökibus sei ein kostenpflichtiges Zusatzangebot. Der ZEBA finanziere die Ökibus-Angebote nicht, da aus seiner Sicht das Angebot der Ökihöfe genüge und kostengünstiger sei als ein Ökibus. Der Ökibus müsste somit aus der allgemeinen Gemeindekasse – sprich aus Steuergeldern und nicht aus Sackgebühren usw. – finanziert werden. Für den Gemeinderat käme nur ein wöchentliches Ökibus-Angebot in Frage, weil ein Ökibus erfahrungsgemäss nur Sinn mache, wenn er regelmässig verkehrt. Monatliche oder zweiwöchentliche Angebote seien weniger beliebt und würden dazu führen, dass man seinen Abfall schon vorher direkt im Ökihof entsorge.

Der Ökibus würde ca. CHF 30'000.— jährliche Kosten verursachen, wenn man den Ökibus von Cham für einen Tag pro Woche mieten würde. Aus Kostengründen käme nur eine Zusammenarbeit mit Cham in Frage, weil eine externe Lösung bedeutend teurer wäre.

Renate Huwylar zeigt folgende Fakten auf: 1 kg Abfall im Ökibus zu entsorgen, koste elf Mal mehr als 1 kg im Ökihof zu entsorgen. Im Ökibus sammle man gewichtsmässig nur 1/27 der Menge, die im Ökihof entsorgt werde. Dies, weil der Ökibus einen Mann in Anspruch nehme. Mit einem Mann im Ökihof könne hingegen viel effizienter entsorgt werden. Im Ökibus könne man zudem nur Kleinmengen entsorgen. Cham beispielsweise nehme weder Grüngut, noch Papier, Textilien oder Sperrgut mit.

Der Ökibus diene der Bevölkerung zum Entsorgen von Kleinmengen, indem sie innerhalb eines ungefähren Zeitrahmens von einer Viertelstunde an der Sammelhaltestelle zu Fuss entsorgen könne. Sicher würden vor allem betagte Menschen ein solches Angebot schätzen; bei grösserem Entsorgungsanfall müssten sie aber nach wie vor im Ökihof entsorgen. Die Sammelhaltestelle wäre sicherlich ein zusätzlicher Quartiertreffpunkt. Um weniger Verkehr zu erzielen, müsste man konsequenterweise die beiden Ökihöfe während des Ökibusbetriebs schliessen. Das heisse, dass es eine Verdichtung an den anderen Entsorgungstagen gäbe. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Benachteiligte sei schwierig, weil der Ökibus-Chauffeur über den Führerausweis der Kategorie C mit den dazu notwendigen jährlichen Weiterbildungsstunden verfügen müsse. Im vorliegenden Fall käme vermutlich nur eine Lösung mit dem gemeindlichen Ökihof-Mitarbeiter in Frage.

Zusammengefasst würden für den Gemeinderat die Nachteile überwiegen. Im Hinblick auf die eher angespannte Finanzlage und insbesondere auch im Wissen auf die bereits heute sehr attraktiven und dezentralen Ökihof-Angebote, sei es zur Zeit für den Gemeinderat nicht opportun, ein zusätzliches Entsorgungsangebot zu schaffen. Deshalb beantrage der Gemeinderat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

AA dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Motion. Was ihm fehle, sei das Denken über den Tellerrand hinaus. Man habe jetzt ganz viele Zahlen gehört. Es sei richtig, dass mit den beiden sehr gut besuchten Sammelstellen in Hünenberg ein grosses Bedürfnis abgedeckt werde. Weiter sei es auch richtig, dass ein Ökibus nur eingeschränktes Sammelgut aufnimmt. Und weiter sei es auch richtig, dass ein allfälliger Ökibus von der Gemeinde finanziert werden müsste. Aber nebst diesen CHF 233'000.—, die ohnehin schon für die Entsorgung von Abfall bezahlt würden und zwar auch über die Steuerrechnung, seien die CHF 30'000.—, die nicht über die Abfallsackgebühren gehen, eigentlich ein kleiner Betrag. Und falls ein Ökibus eine Tour in Hünenberg machen sollte, dann wäre es für die SP selbstverständlich, dass diese wöchentlich stattfinden sollte. Hier sei man gleicher Meinung wie der Gemeinderat. Nur so werde die Dienstleistung auch wirklich benützt. Leider habe der Gemeinderat in seinem Bericht nicht gesagt, wie die Energiestadt Hünenberg Autofahrten zu den Sammelstellen reduzieren könnte. Schliessen sei eine Variante; er verzichte aber auf weitere Ausführungen zum Label Energiestadt. Der SP würden auch Überlegungen fehlen, wie das Sammelsortiment in einem Ökibus Hünenberg aussehen könnte und da gebe es ja Ziele vom ZEBA. Diese könnten übernommen werden oder man könnte auch andere Angebote machen als Cham. Bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte gehe es nicht darum, dass diese Menschen den Bus fahren sollen. In Baar seien das Menschen, die für die richtige Trennung zuständig sind, die das Sammelgut von den Entsorgenden übernehmen und so der Bevölkerung eine gemeindliche Dienstleistung zur Verfügung stellen. Damit werde der Werkhofmitarbeiter oder der Chauffeur von dieser Arbeit entlastet.

Die Überlegungen zur Nachbarschaftshilfe könne man nachvollziehen. Man sei aber überzeugt, dass diese kostbare Hilfe für sinnvollere Tätigkeiten eingesetzt werden sollte. Er beantrage deshalb, die Motion erheblich zu erklären.

Nachdem die Diskussion nicht gewünscht wird, schreitet die Vorsitzende zur Abstimmung. Dabei beschliesst die Versammlung grossmehrheitlich bei zehn Gegenstimmen die Motion der SP Hünenberg betreffend Einführung eines Ökibusses mit regelmässigem Fahrplan nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Traktandum 7

mündliche Information über den Zwischenstand in der Zentrumsplanung (siehe unter Traktandum 2)

Schluss

Dankesworte

Zum Schluss bleibt der Vorsitzenden noch, danke zu sagen und ein paar Termine bekannt zu geben, bevor man gemeinsam auf besinnliche Advents- und Weihnachtstage anstossen kann. Sie dankt ihren Gemeinderatskolleginnen und -kollegen sowie dem Gemeindeschreiber. Es habe sich um ein reich befrachtetes Jahr mit vielen wichtigen Geschäften gehandelt und immer seien alle dabei gewesen. Die gute Zusammenarbeit ermögliche es, gute Lösungen für die Gemeinde zu erarbeiten, was sie sehr freue.

Weiter dankt sie dem gemeindlichen Werkdienst, der u. a. mit der Schneeräumung und dem Lichterweg viel zum Dorfleben beitrage sowie allen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung für die kompetente Erledigung der Kundenanliegen und der gemeinderätlichen Aufgaben. Sie dankt auch allen Mitgliedern von gemeindlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Vereinen und an gemeindlichen Anlässen. Sie erwähnt, dass an der gestrigen Weihnachtsfeier des Kontakt Hünenberg (Kreis der Gemütlichen) die hohe Zahl von 260 Personen teilgenommen hätten.

Wichtige Anlässe

Als Erstes kommt die Präsidentin auf das Jubiläumsjahr «600 Jahre Hünenberg 1414 - 2014» zu sprechen. Informationen dazu könnten dem bereits verschickten Flyer, dem EINBLICK, der Tagespresse, der gemeindliche Website sowie Facebook entnommen werden. Es gebe vier Termine, die in den Agenden einzutragen seien:

- 17. Januar 2014: Präsentation und Erläuterung der «Loskauf»-Originalurkunde in der Wart
- 4. bis 6. April 2014: Jubiläumsdorffest anno 1414, mit dem offiziellen Jubiläumsakt am 5. April 2014
- 13. Juni 2014: Buch-Vernissage
- 22. bis 24. August 2014: Jubiläumschilbi mit Eröffnung des Themenwegs am 23. August

Die Vorsitzende lädt die Anwesenden weiter zu folgenden Anlässen ein:

- Apéro am Lichterweg vom Donnerstag, 12. Dezember 2013, ab 18.00 Uhr, auf dem Hubel
- Gemeindliche Ehrungen vom Freitag, 10. Januar 2014, 19.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg»
- Gesprächsrunde mit dem Gemeinderat vom Samstag, 10. Mai 2014

Alle Anlässe werden im Amtsblatt und mit entsprechenden Flugblättern bekannt gegeben!

Der letzte Dank gehört allen Anwesenden für deren Erscheinen zur heutigen Gemeindeversammlung. Die nächste Gemeindeversammlung finde am 23. Juni 2013 statt und sie freue sich, alle dann wieder begrüßen zu können. Es finde dann zwar die Fussball-WM statt, an diesem Abend stehe aber kein Schweizer Spiel auf dem Programm. Die Spiele würden um 18.00 und 22.00 Uhr beginnen, so dass ein Besuch der Gemeindeversammlung auch für Fussballfans möglich sei.

Abschliessend wünscht die Vorsitzende frohe Festtage, gute Gesundheit und Wohlergehen sowie ein gutes neues Jahr und lädt alle noch zu einem Apéro ins Foyer ein.

Schluss der Einwohnergemeindeversammlung: 21.35 Uhr

Hünenberg, 23. Dezember 2013

Für das Protokoll

Guido Wetli